

Bezugspreis:

Wochenblatt 10,50 RM, monatlich 3,30 RM, fest ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 RM, ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 RM, für das übrige Ausland 10,75 RM, bei täglich einmal Zustellung 8,75 RM. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Zeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schlagvollste Kompromisslösung kostet 1,50 RM. Anzeigenpreis 60%. 'Kleine Anzeigen', das ist gedruckt Wort 75 Pfg. (zuzüglich zwei satzgebende Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen 1,50 RM die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 4, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 4. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Mit dröhnender Stimme.

Der fünfte Tag beginnt mit der Verteidigung des neuen Sachverständigen, früheren Gesandten in der Schweiz, v. Romberg. Auch er schwört „mit religiösem Zufuß“, was den konservativen Vorlesenden sichtlich befriedigt.

Dann beginnt Bethmann die Fragen zu erörtern, für deren Beantwortung er sich am letzten Freitag Zeit erbeten hatte. Wilson sei auch dem österreichischen Baron Durian als Friedensvermittler wenig sympatisch gewesen. Der Reichskanzler a. D. verteidigt die deutsche Politik vom Winter 1916/17 ausführlich gegen den Vorwurf, ein Doppelspiel gespielt zu haben. Bethmann gerät dabei in lebhafteste Erregung, da er diesen Vorwurf offenbar als persönlich kränkend empfindet. Gerard, der Botschafter Amerikas in Berlin, habe durchblicken lassen, daß man sich in Washington für die Ostfragen gar nicht interessiere, sondern ausschließlich für die Westfragen, besonders für Belgien. Uebrigens habe er auch einmal gesagt, über Lüttich würde sich reden lassen. Gerard sei übrigens über Wilsons Absichten wenig instruiert gewesen. In der ganzen bürgerlichen Welt und in der Armee hätte die stärkste Abneigung gegen Amerika geherrscht wegen der Lieferung von Munition an Deutschlands Feinde.

Auf die Frage Singheimers, warum Wilson vom deutschen Friedensschritt nicht unterrichtet worden sei, kommt Bethmann noch einmal auf das Thema „Doppelspiel“. Hätte er Wilson von seiner eigenen Friedensaktion Mitteilung gemacht, so hätte er sich mit gefesselten Armen in die Hände Wilsons gegeben. Dieser Teil seiner Beweisführung klingt nicht gerade überzeugend, trotzdem glaubt man ihm, daß er gegen Wilsons friedensfreundliche Absichten nichts Böses im Schilde führte. Er hat sich — wüßte man's nicht schon, so würde man es aus seiner Vernehmung erfahren — ehrlich geäußert, um aus dem Krieg herauszukommen, aber wenn er sich dem rettenden Ufer nahe glaubte, stieß man ihn von vorne wieder hinein und zog man ihn von hinten wieder zurück.

Um 1/2 12 Uhr beginnt die Vernehmung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Zimmermann.

Zimmermann spricht mit überlauter Stimme in der Haltung eines Mannes, der von sich selber sehr stark überzeugt ist.

Gothein erinnert ihn daran, daß er seinerzeit einem Kreis von Pressevertretern erklärt habe, das deutsche Angebot sei nur gemacht worden, um Wilsons Friedensaktion zu durchkreuzen.

Zimmermann setzt laut lönend auseinander, daß er sich mit seiner damaligen Erklärung von innerpolitischen Gründen habe leiten lassen. Es sei eben ein taktisches Manöver gewesen.

Singheimer macht höflich darauf aufmerksam, daß dieses taktische Manöver die offizielle Aktion der Regierung erheblich schädigen mußte.

Zimmermann wird verlegen; er redet immer lauter und schneller.

David macht ihn darauf aufmerksam, daß seine Erklärungen in Berlin das gerade Gegenteil von dem seien, was er als Instruktion nach Washington gegeben habe.

„Der Herr Reichsminister David scheint mir die Daten nicht recht auseinanderzuhalten“, beginnt darauf Zimmermann schmelzend. Er redet schnell und aufgeregt, aber denkt er auch dabei? Man hat nicht immer diesen Eindruck.

Zimmermann will sich ausführlich über den politischen Charakter Wilsons äußern. Man steht aber vor, sich einzuweilen noch mit seiner eigenen Persönlichkeit zu beschäftigen und ruft zu diesem Zweck Herrn Georg Bernhard an den Redenplatz. Dieser erklärt, er habe heute zu seinem Ersuchen erfahren, daß Herr Zimmermann im Dezember 1916 die Presse unter strengster Vertraulichkeit falsch informiert habe; er selbst habe die damalige Erklärung Zimmermanns, der Zweck der deutschen Friedensaktion sei, die Aktion Wilsons zu durchkreuzen, durchaus ernst genommen. Erst später habe er zu seiner höchsten Ueberschätzung erfahren, daß die Friedensaktion Wilsons von Berlin aus angeregt worden sei.

Man kommt auf das peinliche Thema der belgischen Deportationen zu sprechen. Im Dezember 1916 telegraphierte der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, daß die belgischen Deportationen eine bedeutende Ersparung der Friedensaktion hervorriefen. Zimmermann erklärt zu diesem Telegramm, er sei aus politischen Gründen ein scharfer Gegner der Deportationen gewesen, die aus militärischen Gründen erfolgten. Bethmann stimmt ihm lebhaft zu. Die Deportationen seien politisch ein Unheil gewesen, das Militär habe sie aber für unbedingt notwendig gehalten zur Ausführung des Hindenburgprogramms. Mehr als Mildeurungen hätten sich nicht erreichen lassen.

Sowie Zimmermann das Wort erhält, hallt der Saal. Mit dröhnender Stimme sucht er seine falschen Informationen von damals heute zu überlügen.

Der Sitzungsbericht.

Der Andrang ist immer noch sehr stark, aber die zahlreichen Abgeordneten, die sonst den Sitzungen beizumohnen pflegten, fehlen wegen der Vertagung der Nationalversammlung.

Vorsitzender Abg. Warmuth bereidigt zunächst den früheren deutschen Gesandten in Bern, v. Romberg, der als Sachverständiger vernommen werden soll.

Darauf wird in der Vernehmung des früheren Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg fortgefahren.

Vorsitzender Warmuth richtet eine Reihe von Fragen an Herrn v. Bethmann Hollweg und bittet ihn, seine Aussagen vom Freitag zu ergänzen, und zwar in der Richtung, inwieweit der Rücktritt Bryan's die Auffassung des Reichskanzlers über Wilsons Friedensabsichten beeinflusst habe, ob an den Botschafter Gerard von Erziele Friedensbedingungen mitgeteilt wurden und ob Baron Durian über die Friedensaktion unterrichtet worden sei.

v. Bethmann Hollweg: Der Rücktritt Bryan's ist selbstverständlich unter den politischen Umständen, unter denen er erfolgte, von mir nach jeder Richtung hin beobachtet worden. Sein Eindruck auf mich hat lediglich die Skepsis, die sich im weiteren Verlaufe bei mir gebildet hat, noch bestärkt. Was die Mitteilung konkreter Friedensbedingungen an Gerard anlangt, so habe ich schon erklärt, daß ich ihm konkrete Friedensbedingungen niemals mitgegeben habe. Dazu lag für mich keine Veranlassung vor. In meinen häufigsten Gesprächen mit Gerard — er pflegte mich nach jeder Reichstagsrede zu besuchen — habe ich ihm im allgemeinen über meine Auffassungen über etwaige Friedensbedingungen und meine Stellungnahme zum Friedensprogramm, die ja aufgestellt worden sind, nicht im unklaren gelassen. Ich glaube nicht, daß Botschafter Gerard aus allem, was ich ihm gesagt habe, jemals etwas anderes hat entnehmen können, als daß die Friedensbedingungen, die mir vorschwebten, durchaus maßvoll gewesen sind.

Selbstverständlich ist bei meinen wiederholten Unterredungen mit Durian sowie mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin über Friedensmöglichkeiten auch die Eventualität eines Friedens durch Wilson erörtert worden. Daß dem Präsidenten die Rolle eines Weltfriedensbringers erstrebenswert war, war allgemein bekannt. Durian erwiderte Wilsons Tätigkeit wegen seiner offensichtlichen Einigung auf Entente wenig wünschenswert. Ich war trotzdem der Auffassung, daß ein Friedensappell Wilsons nur genehm sein könne, was Durian niemals bestritten hat. Ob Durian fortlaufend von allen unseren einzelnen Schritten in Washington unterrichtet worden ist, werden die dem Ausschuss zur Verfügung stehenden Akten ergeben. Ich vermag aus meiner Erinnerung darüber nichts zu sagen.

Abg. Dr. Singheimer (Soz.): Ist Durian mitgeteilt worden, daß Graf Bernstorff instruiert worden ist, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen?

v. Bethmann Hollweg: Auch Bundesgenossen gegenüber pflegt eine solche genaue Orientierung über die Ausführung dessen, was wir erstreben, nicht gebräuchlich zu sein. Mir scheint das Entscheidende zu sein, daß Durian nach unseren Erklärungen völlig im Klaren darüber sein mußte, daß wir und der deutsche Politik ein Friedensappell Wilsons erwünscht war. — Der Herr Vorsitzende hat dann zum Ausdruck gebracht, ich hätte meinem Wunsche, durch Wilsons Vermittlung tatsächlich zu einem Frieden zu kommen, durch meine Wirksamkeit teilweise nicht nachgegeben. So hätte ich beispielsweise dem Wunsche Wilsons nicht Rechnung getragen, sein Friedensangebot vor dem unzeitigen zu verwirklichen. Vielmehr hätte ich mit unserem Friedensangebot dem Wilsonschen zuzukommen wollen. Hieraus antwortete ich: Mir kam es darauf an, zum Frieden zu kommen. Welche Gründe mich zu dem eigenen Friedensangebot bestimmt haben, habe ich am Freitag ausgeführt. Da Wilsons Friedensappell bis zu dem Augenblick nicht verwirklicht war, wo wir mit unserem Friedensangebot herauskommen mußten, wenn wir überhaupt ein solches machen wollten, so ist dieses Friedensangebot erlassen worden. — Der Herr Vorsitzende hat weiter gefragt, warum ich den durch Graf Bernstorff übermittelten Wunsch des Präsidenten Wilson, mit unseren Bedingungen nicht vor seiner Friedensaktion herauszukommen, ignoriert habe. Hieraus antwortete ich: Mit Friedensbedingungen sind wir bei unserem Friedensangebot ja nicht herausgekommen. Wir haben vielmehr nur ganz allgemeine die Grundlagen angegeben, auf denen wir in Friedensverhandlungen einzutreten bereit waren. Wir haben erklärt, daß die Vorschläge, die wir zu den Verhandlungen mitbringen würden, und die darauf gerichtet seien, Dasein, Ehre und Einmildungsfreiheit unserer Völker zu sichern, nach unserer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden würden. Nach dem wir einmal ein Friedensangebot, dann mußte zum mindesten auch die allgemeine Basis angedeutet werden, auf der wir bereit waren, in Verhandlungen einzutreten. — Offenbar besteht vielfach die Ansicht, daß wir mit der Betreibung unseres Friedensangebots und der gleichzeitig laufenden Betreibung einer amerikanischen Friedensaktion eine unzulässige und in ihren Folgen schädliche Doppelaktion unternommen haben. Pressestimmen haben von einem Doppelspiel gesprochen. Zur Unterstützung dieser Ansicht sind zwei Telegramme herangezogen worden, das eine vom 2. November an den Grafen Bernstorff, in dem es heißt: „Friedensaktion Wilsons würden wir unserer im Telegramm Nr. 116 vom 22. 11. erwähnten Aktion — nämlich der Ankündigung unserer Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen — vorziehen.“ Das andere ist vom

27. 11. an Hindenburg gerichtet. An den Botschafter in Washington ist telegraphiert worden: „Friedensaktion Wilsons würden wir unserer im Telegramm Nr. 116 vom 22. 11. erwähnten Aktion vorziehen. Hierfür jedoch unbedingt erwünscht, daß Wilson sich zu baldigem Handeln, womöglich bei Eröffnung des Kongresses oder unmittelbar nachher entschließt. Bei Hingehen bis Neujahr oder später würde Abflauen militärischer Operationen während des Winterfeldzuges Friedensneigung in öffentlicher Meinung bei Gegnern herabstimmen, andererseits weitere militärische Vorbereitungen für Frühjahrs-offensive erforderlich machen, deren Durchführung dann wieder beim Militär Widerstand gegen Friedensaktion vermutlich stärker würde. Bitte diese Gesichtspunkte vorsichtig, ohne Empressment, als Ihre persönliche Ansicht bei Souve zu vertreten und mich fortlaufend über Sachlage telegraphisch unterrichten.“ Der entsprechende Absatz in dem Telegramm an Hindenburg lautet: „Präsident Wilson hat vertraulich den Grafen Bernstorff wissen lassen, daß er in der Zeit zwischen jetzt und Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke. Ob er seine Absicht wirklich ausführt, bleibt völlig ungewiß. Er ist unentschlossen und scheint anhänglich eine Zurückweisung. Wir müssen damit rechnen, daß er den Appell nur erläßt, wenn er dessen

frühe Ablehnung

durch die Entente nicht zu erwarten braucht, das heißt, wenn sich die Entente in einer Verfassung befindet, die die frühe Ablehnung auch eines von uns ausgehenden Friedensangebots nicht wahrscheinlich macht. Ich lasse dahingestellt, ob unsere Lage bei Friedensverhandlungen, die auf einen Appell von Wilson eröffnet werden, günstiger ist, als wenn die Verhandlungen die Folge eines von uns gemachten Angebots sind. Zweifellos aber ist unsere Situation besser, wenn die Ablehnung aller Verhandlungen durch die Entente auf einen Appell Wilsons, als wenn sie ein Angebot von uns trifft. Deshalb wird die Unpopularität, der ein Wilsonscher Appell in weiten Kreisen bei uns begegnen wird, für unsere Entschlüsse nicht maßgebend sein dürfen. Auf der anderen Seite werden wir bei der Unsicherheit, die über den Entschluß Wilsons bis zum letzten Augenblick schweben wird, und bei der mit dem Fortschreiten des Winters anwachsenden etwaigen Geneigtheit unserer Feinde, auf Friedensverhandlungen einzugehen, den psychologischen Moment für ein eigenes Friedensangebot über der Hoffnung auf einen Appell Wilsons nicht ungenutzt vorübergehen lassen dürfen.

Ein Doppelspiel kann aus diesen beiden Telegrammen in keiner Weise abgeleitet werden. Es werden in einem Stadium der Vorbereitung Ermüdungen angefüllt und Voraussetzungen erstellt, die notwendig angefüllt und erörtert werden mußten. Weber ist in dem einen Telegramm die amerikanische Aktion, noch in dem anderen unsere eigene Aktion angekündigt worden. Ein Zwiespalt zwischen den beiden Depeschen besteht hiernach nicht. Es ist also etwa auf Grund dieser Telegramme behauptet worden, daß ich durch abweichende Behandlung der Friedensfrage gegenüber der O. B. L. und gegenüber Washington ein Doppelspiel getrieben hätte, so muß ich eine solche Behauptung als un begründet ablehnen.

Wie steht es nun mit der zweiten Version, die darauf hinausgeht, ich hätte durch

gleichzeitige Betreibung der beiden Aktionen

gegen den Präsidenten Wilson ein Doppelspiel gespielt? Dazu bemerke ich zunächst — darüber besteht ja auch kein Zweifel — daß unser Botschafter über beide Möglichkeiten auf dem Laufenden gehalten worden ist. Am 22. November ist der Botschafter bereits davon unterrichtet worden, daß wir planen, unsere Friedensbereitschaft öffentlich zu erklären. Demnach der damaligen Lage in Amerika diese öffentliche Erklärung unserer Verhandlungsbereitschaft die Wilsonsche Aktion hätte beeinträchtigen oder seinen guten Willen fördern können, so hätte unser unglücklicher Botschafter auf Grund seiner genauen Kenntnis der maßgebenden amerikanischen Persönlichkeiten gewiß nicht verfehlt, dringende Warnungen nach Berlin gelangen zu lassen. Dazu wäre auch volllauf Zeit gewesen. Mir ist nicht erinnerlich, und ich habe in den Akten keinen Anhalt dafür gefunden, daß dies geschehen wäre.

Der Herr Berichterstatter hat durchaus richtig betont, daß, soweit möglich, versucht werden müßte,

die beiden Eifen,

von denen ich gesprochen habe, ineinander zu spielen. Dieser Versuch ist, wie mir scheint, gerade durch die beiden zitierten Depeschen gemacht worden und hat wesentliche Anhaltspunkte dafür, daß das eine Eisen das andere führen würde, nicht ergeben. Daß dies auch de facto nicht geschehen ist, geht aus dem weiteren Verlauf hervor. Ich habe darüber gesprochen und ich will nur noch an die Mitteilungen des Grafen Bernstorff erinnern, daß unser Friedensangebot auf die pazifistische Strömung in Amerika sehr günstig gewirkt hat und daß die Stärke dieser pazifistischen Strömung für Wilsons Haltung wesentlich war. Der Vorwurf eines illogischen Doppelspiels würde mich höchstens dann treffen, wenn ich, während ich die Wilsonsche Friedensaktion betriebe, gleichzeitig an dem U-Boot-Krieg gearbeitet hätte. Aber das habe ich nicht getan. Meine ganze Arbeit an der Friedensaktion ist darauf gerichtet gewesen, den drohenden U-Boot-Krieg durch Durchführung einer rechtzeitigen Friedensaktion — die natürlich Aussicht auf Erfolg versprochen müßte — unnötig zu machen. Ich muß hier noch darauf hinweisen, daß die amerikanische Regierung über die Situation, die sich entwickelte, nicht im unklaren gewesen ist. In der Taylor-Note hatten wir ausdrücklich gesagt, daß für den Fall, daß die Schritte der amerikanischen Regierung wegen der

Wiederherstellung der Freiheit der Meere bei England nicht zum Erfolge führen würden, die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen würde, für die sie sich die volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten müsse. Die amerikanische Regierung wußte, daß bei der tatsächlichen Ergebnislosigkeit ihrer berechtigten Verhandlungen mit England, soweit solche überhaupt stattgefunden haben, mit jedem Tag und entschlossen konnten, von der freien Hand Gebrauch zu machen. Amerika konnte die Gefahr heranzuwachsen der Entscheidung über den U-Boot-Krieg aus dem Broomerian des Kaisers, zu dessen Uebergabe Graf Bernstorff von mir ernstlich war, und daß er, wie neulich von ihm geschildert worden ist, auch übergeben hat. In meinen Gesprächen mit dem Vorkämpfer Gerard habe ich diesem wiederholt von den Umständen und von den Kräften im Falle gesprochen, welche auf den U-Boot-Krieg drängten. Er selbst verheißt mir dabei seine Ansicht nicht, daß

Der Druck auf den U-Boot-Krieg

immer härter, meine persönliche Stellung immer unstrittener wurde. Ich darf bitten, hiermit Gerard's eigene Äußerungen in seinem Buche zu vergleichen. Schließlich, am 11. Dezember, also unmittelbar nach dem Wilson'schen Friedensappell, erklärte der Staatssekretär Lansing in einem telegraphischen Interview, die Wilson'sche Note sei ergangen, weil Amerika selbst an die Schwelle des Krieges heranrücke.

Also, worum es sich handelte, wußte Amerika genau. Es scheint, daß die amerikanische Regierung ihrer Vorkämpfer Kurtrag gegeben hätte, auf etwaige Anzeichen einer bevorstehenden Aenderung unferer Politik sorgsam acht zu geben. Auch dies spricht dafür, daß sie über die Einwirkung der Lage sich keiner Täuschung hingab. Herr Gerard berichtet in seinem Buch, daß er durch seinen Marineattaché Informationen über die wahrscheinlich bevorstehende

Wiederaufnahme des U-Boot-Krieges

gesammelt hat, daß ihm diese Informationen von einflussreichen deutschen Persönlichkeiten bestätigt worden seien, und daß er entsprechende Meldungen sobald nach jenem mehrerwähnten Diktat an seine Regierung gegeben hat.

Dies alles führe ich an, um zu belegen, daß in Washington irgendwelche Täuschung über die Lage nicht bestanden hat, geschweige denn, daß wir versucht hätten, eine Täuschung hervorzurufen.

Hätte ich mich nun dadurch, daß ich den Friedensappell Wilson's betriebe, in seine Hände gegeben? Das wäre doch nur dann der Fall gewesen, wenn wir ihn gewissermaßen

zu unserm Geschäftsführer

gemacht und uns verpfändet hätten, von allen eigenen Aktionen, die einen vielleicht zukünftigen Friedensappell Wilson's stören könnten, abzusehen. Das ist nicht geschehen, und ich habe die Gründe, warum es nicht geschehen ist, in der vorigen Sitzung dargelegt.

Es lag also

folgende Situation

vor: Unser Friedensangebot war in Form abgelehnt, die uns zu der Uebergangung bringen mußten, daß die Entente auch auf Wilson's Friedensnote eine Antwort geben würde, die jede Basis für annehmbare Verhandlungen ausschloß, und daß hiernach keine Aussicht auf eine Verhandlungsbereitschaft der Entente in absehbarer Zeit bestand. Die Antwort der Entente vom 12. Januar auf die Wilson'sche Friedensnote hat den Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung ergeben. War aber die Situation so beschaffen und hatten wir, wie ich ausgeführt habe, Wilson nicht zu unserm Geschäftsführer gemacht, so hätten wir jetzt volle Aktionsfreiheit und müßten sie haben, wenn wir überhaupt noch eine selbständige Rolle in diesem Kriege spielen wollten. Und das erganzten unabweisliche Notwendigkeiten. Doch unsere Oberste Herrschaft über den feigsten Widerstand der Feinde die Schlüsse, von denen ich am Freitag gesprochen habe, und ermöglichen mir die Umstände, die ich gleichfalls auseinandergesetzt habe, nicht, den U-Boot-Krieg zu verbieten, so war das eine logische Folge der Ereignisse, aber kein Doppelspiel. Ich glaube mit diesen Ausführungen über den Rahmen der formulierten Fragen hinausgegangen zu sein, ich hielt dies aber für notwendig, um volle Klarheit nach jeder Richtung hin zu schaffen.

Professor Goetsch: Ist die Reise, die der Vorkämpfer Gerard Ende September 1918 begann, von Euer Ergehen als Friedensmission nach Amerika benutzt worden oder nicht? Diese Auffassung ist in der neutralen wie in der feindlichen Presse damals geäußert worden, und auch in der deutschen Presse wurden je nach ihrer Stellung hieran Hoffnungen oder Besorgungen geknüpft.

Herr v. Bethmann Hollweg: Selbstverständlich konnte ich dem Vorkämpfer keine Aufträge geben, sein Vorgehen lag in seinem

freien Willen, er hat auch eine entsprechende Bemerkung in seinem Buch gemacht. Unmittelbar nach unserer Ausreise war er in unserm Hauptquartier,

wo ich seinen Besprechungen mit dem Kaiser beizuwohnte. Er sagt darüber: Der Reichskanzler sagte mir, die Suffragnote sei nunmehr vereinbart und schließlich worden, jetzt habe Wilson freie Bahn zu einer großen Aktion. Als mir Vorkämpfer Gerard seine Absicht mitteilte, nach Amerika zu reisen, habe ich mich selbstverständlich in meinen Gesprächen mit ihm danach eingelassen und ihm gesagt: Gewiß, wenn Ihr Präsident schleunigst einen Friedensappell an die Kriegführenden richten würde, so wäre mir das sehr angenehm. Im diplomatischen und politischen Verkehr und besonders im Verkehr mit dem Vorkämpfer einer fremden Macht, in diesem Falle einer Macht, die uns schon vorher in manche Unannehmlichkeiten geführt hatte, kann man nicht anders handeln. Eine Instruktion zu geben, war ich dem Vorkämpfer gegenüber nicht in der Lage; ich konnte nur versuchen, durch meine Haltung und die Art meines Gesprächs in ihm einen Eindruck hervorzurufen, von dem ich wünschen konnte, daß er ihn mit nach Amerika nimmt.

Professor Goetsch: Hätte Gerard ein deutsches Bild von jenen Bedingungen mitgenommen, die Sie als maßvoll bezeichneten? Es ist doch über alle diese Fragen, besonders auch über die Offrage, eingehend gesprochen worden.

Herr v. Bethmann Hollweg: Was den Osten anlangt, so erklärte der Vorkämpfer mit einer leichten Handbewegung, die stillen Verhältnisse interessierten in Amerika nicht, darüber ist von ihm mit mir überhaupt nicht weiter gesprochen worden. Sein Interesse richtete sich auf Belgien. Ich habe ihn auf die bezüglichlichen Stellen meiner Neben hingewiesen. In einer solchen Rede sagte ich etwa: Selbstverständlich ist es unser Wunsch, Vorsorge zu treffen, daß Belgien nicht als Volkswert

für die Zukunft von der Entente benutzt werde zur Schädigung Deutschlands. Hingegen habe ich dann, welche Garantien — da ist zum erstenmal das Wort Garantie gefallen, das so viel Staub in der Welt aufgewirbelt hat — da gedacht waren. In diese meine Rede habe ich den Vorkämpfer erinnert, indem ich ihn noch darauf hinwies, daß die näheren Bedingungen natürlich vom Ausgang des Krieges abhängen. Soweit mir vorlieb war — es ist schwer, sich zurechtzufinden darüber zu äußern — hat Gerard mir gesagt: Ja, aber läßt sich nicht eher sprechen. Dies habe ich auch in einem Dementi erwähnt. Auch über sonstige Fragen, so über die flandrische Küste, wurde viel gesprochen. Ich mußte in dieser Hinsicht eine ausweichende Sprache führen. Gerard wußte aber, daß ich — bitte die ohne jeden Nebenlang hinzunehmen — kein Annerkennung war. Gerade aus diesem Grunde wurde mir ja scharfe Opposition gemacht, von der ja auch der Vorkämpfer Zeuge war. Also, im Grunde ist der Vorkämpfer absolut gewesen, daß

ich einen Verhandlungsfrieden anstreibe,

daß ich maßvolle Kriegsziele verfolgte, und er wußte, daß in politischen Parteien und in der Öffentlichkeit gerade um dieser beiden Punkte willen ein scharfer Kampf gegen mich geführt wurde, von dem er den Eindruck hatte, daß er sich immer mehr zu meinen Ungunsten entwickelte. Gerard war durchaus im Wilde. Wenn er in seinem Buch, das er nach dem Eintritt in den Krieg geschrieben hat, diejenigen Seiten scharfer hervorhebt, die für Deutschland ungünstig sind, so ist das wohl natürlich bei der ganzen Kriegspolitis, die mit der Zeit Formen angenommen hat, von denen man wünschen möchte, daß sie unterblieben wären.

Sachverh. Prof. Goetsch: Haben Ergehen den Vorkämpfer Gerard für ein brauchbares Werkzeug für diesen Friedensappell gehalten?

Herr v. Bethmann Hollweg: Ich habe bereits früher gesagt, daß ich den Eindruck hatte, Gerard sei über die Intentionen seines Vorkämpfers nicht genau informiert. Ueber diesen rein sachlichen Eindruck — von allem Persönlichen möchte ich gerne absehen — ergibt sich das Maß der Wertung, das ich den Funktionen des Vorkämpfers Gerard beilegte habe.

Die erste Gegenüberstellung.

Professor Goetsch: Hat Graf Bernstorff die Ansicht gehabt, der Vorkämpfer sei über die Absichten seiner Regierung nicht genügend informiert? Herr Graf sagten in einem Telegramm an die Regierung, daß Sie dem Vorkämpfer seit langen Jahren genau kennen.

Graf Bernstorff: Ich würde mich meinen Erfahrungen annehmen, daß Gerard bis zu seiner Reise nach Amerika nicht orientiert war, daß er nach der Reise erst orientiert war.

Herr v. Bethmann Hollweg: Ich stehe mit der Ansicht des Grafen Bernstorff, daß Herr Gerard bis zum Antritt seiner Reise nicht orientiert

war, völlig im Einklang. Was seine Orientierung nach seiner Reise anlangt, so kann ich nur wiederholen, daß gerade in den Januartagen des Jahres 1917 mir, auch nachdem der U-Boot-Krieg beschlossen worden war, selbstverständlich daran lag, mit äußerster Deutlichkeit zu wissen, ob denn irgendeine erfolgversprechende und aussichtsreiche Allianz von Wilson zu erwarten sei, und zwar zu einer Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, den U-Boot-Krieg rückgängig zu machen. So habe ich wiederholt versucht, den Vorkämpfer zu sondieren; ich habe ihn gefragt: Wie steht es nun in Amerika? Worauf er mir mit einem gewissen Ton des Vorwurfs gegen seine Regierung gesagt hat: Ich bin uninformiert, ich habe keinerlei Information. Mir scheint, daß dies übereinstimmend ist mit der Schilderung, die sonst allgemein vom Präsidenten Wilson, und wenn ich nicht irre, auch vom Grafen Bernstorff entworfen worden ist, daß Präsident Wilson nicht genötigt war, über seine Intentionen über den Kreis seiner aller nächsten Vertrauten hinaus Auskunft zu geben, und diese Charakteristik des Präsidenten Wilson ist mir

von unzähligen Amerikanern als die zutreffende

während und nach dem Kriege bestätigt worden. Präsident Wilson hat in mancher Beziehung auch gerade in Amerika als eine Epizentrum gehalten, das zeigt sich auch in dem amerikanischen Urteil über das Verhalten Wilson's in Versailles und über das sogenannte Kreuzverhör im Senat. Mir ist vollkommen klar, daß auch Herr Gerard nicht zu den Intimvertrauten des Präsidenten gehörte, denen er Einblick in die Falten seines Herzens gewährt hätte.

Herr Dr. Singheim: Konnte Wilson annehmen, wir fürchteten seine Friedensvermittlung? Sind Gerard bestimmte Äußerungen gemacht worden, daß wir die Friedensvermittlung Wilson's wünschten oder nicht?

Herr v. Bethmann Hollweg: Diese Frage habe ich heute wie auch schon am Freitag beantwortet. Vorkämpfer Gerard habe ich unmittelbar nach der Suffragnote gesagt: Wir haben soweit nachgegeben, nun hat Wilson freie Hand für seine Aktion. Das ist wohl der klarste Ausdruck dessen, was ich wünschte.

Im diplomatischen Verkehr

kann man sich nicht anders ausdrücken, formulierte Sätze kann man einem Diplomaten nicht vorlegen, man muß versuchen, in ihm den gemünzten Eindruck hervorzurufen, den er dann an seine Regierung weitergibt. Gerard wußte, daß ich den Friedensappell Wilson's wünschte, und Wilson wurde durch unsere Instruktionen an den Grafen Bernstorff darin bestärkt. Ich bitte aber, auch zu berücksichtigen: Durch das gesamte bürgerliche Deutschland und über diese Kreise hinaus, namentlich in der Armee, und da auch durchs geistlichen Gründen, hatte ich durch die jeden Tag einfliegenden amerikanischen Granaten in die Herzen

eine gewaltige Antipathie gegen Amerika eingeprägt. Führer bedeutungsvoller Parteien im Reichstag haben ganz offen ausgesprochen, für einen Frieden, der vom Präsidenten Wilson kommen würde, bedanke sich das deutsche Volk. Diese Stimmung war selbstverständlich auch dem Vorkämpfer Gerard bekannt, und er mußte damit rechnen, daß gerade die Kreise, welche diese

Antipathie gegen Amerika

vertreten, auf ganz berechtigten Gründen meine ausgesprochenen Gegner waren. Mit diesen Kompensationen hat Gerard auch gerechnet, und das hat selbstverständlich seine Einschätzung der Dinge ganz wesentlich beeinflusst. Das konnte ja auch gar nicht anders sein. Im politischen Leben und namentlich in diesem Kriege waren eine solche Unmenge verschiedener Strömungen vorhanden, die ineinander griffen, daß es unheimlich schwierig ist, die Probleme auf eine ganz einfache zugehörige Frage und deren Beantwortung bringen zu wollen.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Hugo Haase.

Im Befinden Hugo Haases ist keine nennenswerte Aenderung eingetreten. Entgegen der ersten Annahme ist die Silberinsprinkung ohne den erhofften Erfolg geblieben. Der Zustand des Kranken ist als sehr ernst zu bezeichnen.

Konzertdirigenten.

Von Dr. Kurt Ginzler.

Die Berliner sind anhänglich; wen sie lieben, den lieben sie ganz und dem verzeihen sie alles. Richard Strauß hat Berlin den Rücken gekehrt, sehnt sich wie kein anderer in den Umsturztagen der Oper, nach Garmisch, nimmt einen Ruf nach Wien freudig an, sucht erste Kräfte von der Spross an die Donau zu ziehen, verteilt Erlaubnisse seiner Werke an Wien, Dresden, München. Wo bleibt, was ist ihm Berlin? Er dirigiert das erste Konzert der Staatsoper — und alles Wäselein ist vergessen. Dieses herrliche Orchester wird da von einem herrlichen Meister geführt. Eine seitene Klanschönheit der Streicher und eine steigende Sicherheit des Bläserchors neigt sich wie von selbst dem Dirigenten zu; Müdigkeiten seiner Stabsführung, keine Gleichgültigkeiten der Generalprobe übersteigt dieses Orchester mit einer noblen und hundertfach inspirierten Einführung. Seltene Könnenhaftigkeit jedes einzelnen ordnet sich einem wachhaft soliden Verantwortungsgefühl unter. Eine Es-dur-Sinfonie von Haydn, die bekannteste, schwingt in leichtem Schritt an uns vorbei, nicht weniger gefestigt in jeder Note, jedem dynamischen Akzent, als die Pastorale Beethovens. Aber erst in Mozarts Jupiter-Sinfonie leuchtet die Seele Strauß' ganz hell auf. Da wird sichtbar, was wir verloren haben: den Ideal-Dirigenten des Don Juan, des Figaro. Und da verzeihen auch wir alles. Man möchte sagen: Halte ihn, binde ihn, laß ihn nicht. Aber: Garmisch, Wien, ...

Ein anderes Bild, ein anderer Klang, eine andere Färbung: Hermann Scherchen am Pult. Halbvoll der Saal, temperiert die Stimmung. Der Sticher und Kuppelher Scherchen bringt Neues, aber Tagewesenes. Noch in die Darstellung des Werkes schleichen sich — so fühlt man — Klänge ein, die momentan eingegeben, nicht vorbereitet sind, das Miniatur-Kalen nimmt so viel Raum weg, daß der großen Linie des Aufbaus manches an Geradheit und Ueberrücklichkeit genommen wird. In Pfitzners „Christ-Elflein“-Overtüre wünschte man eine weiche Hand und nicht die Schärfe und Blühlichkeit dieser Kopf-, Kumpf-, Arm-Bewegungen. Ein weiches, melodisches, gart und lug gebauchtes Vorpfeil. Im Heger's op. 125 schwingt empfindungsreicherer romantischer Geist, an Eisenborffschen Verlen entzündet, ohne programmatische Besseln. Neue Klänge, aber Klänge von einer wundervollen Klarheit, einprägsame akzentierte Akkorde, Stimmführungen und Anstiege, die von ungezügelter Erfindung erzählen. Scherchen dirigiert dieses Werk meisterlich und mit aller verheerenden Hingabe.

Den Schluß des Programms bildete Bruckners erste, tripartite Sinfonie. Der Bruckner dirigiert, erwidert sich schon durch einen Willen, diesen großen Meister zu ehren, unferer Dank. Bruckner hat das Anrecht und die Aussicht, in einem Jahrzehnt die

Liebe des Volkes zu besitzen, wie heute Brahms. Eine Reifezeit muß vergehen, eine Zeit, in der das innere Hörsinn, das Mitgehen in künstlerisch gestaltetem Schmerz, das Vogelstimm kämpferischer Soletentengungen spontaner, geübter, williger wird. Die V. Sinfonie, die Werner Wolff uns vorführt, ist das persönliche, musikalisch reinste und geradlinigste sinfonische Werk des Komponisten. Es geht im Ausmaß seiner gesteigerten Empfindung, wie in der Verwendung der Mittel weit über das Nützliche des vor-Bagnerischen sinfonischen Schaffens hinaus. Sucht man nach einem Programm, so heißt es hier: Kampf zwischen dem Selbsten und der Welt und dem Glauben an Gott. Schon die Dramatik des Allegro zeigt mehr Kampf und Leid als Tröstung. Aber der Triumph des letzten Aufschwungs ist Schein: das herzeliche Adagio klagt mit Engeltönen und schließt mit erwartungsvoller Frage, die Wagner'sches Melos hat. Eine Ablenkung: das länderliche, Schubert'sche Idyll des Adagio. Und dann: thematisch mit den ersten beiden Sätzen verbunden das Miesensfinale, mit jener einzigartigen instrumentalen Choral-Phantasie, die nur die innere Erfüllung vom Glauben an das Siegreich-Gute eingeben konnte. Ein übertragender Bruckner-Dirigent, wie etwa Böhm, bringt es fertig, uns nur das gewaltig rauschende dieses sinfonischen Geistes zu vermitteln. Werner Wolff ließ auch Schwächen des Werkes erkennen. Er hat eine bemerkenswerte Sicherheit in der Führung des Orchesters, beherrschte die sehr schwierige Partitur ganz ausgezeichnet und ließ erkennen, daß er ein Kapellmeister von besser Qualität ist. Was ihm für die Interpretation Bruckners fehlt, ist: das Säuermachen der persönlichen Ergriffenheit, das Uebertragen von Klang und Freier Bruckner'scher Melodik auf unser empfangsbereites Herz. Wolff hätte seinen Erfolg bei den Hörern.

Von dem ersten Abend des Busch-Quartetts rettete mein Ohr nur noch wenige Zeile. Aber diese sprachen für eine klangliche und musikalische Vollendung, wie man sie bei vier so anerkannten Weigern und Künstlern erwarten durfte (Wald, Bohne, Reich, Grümmer). Einen außerordentlich günstigen Eindruck macht das Frauen-Trio: Jonas-Stodhauser, Weigl, Länder, Stolz-Premslaw. Die Damen sind nicht nur technisch aufs Beste eingepflegt, sondern vermitteln das Trio Opus 109 von Schubert auch in einer makellos gestrichelten, genügsamen Form; man darf den Kammermusik-Abenden dieser Vereinigung einen regen Zulauf wünschen. Arnold Bölsche ist heute neben Capals wohl der erste Meisterpieler der Ariegeige. Mit Leichtigkeit überwindet er Schwierigkeiten, die selbst Alben-Besten mißlingen, und sein Spiel kann bei der Unfehlbarkeit seiner Doppelgriffe und Passagen sogar des Belegleiters entbehren. Das zeigte er in einem musikalischen Scherz seines Kollegen Hugo Becker, einer programmatischen, kurzweiligen Suite „aus dem Leben eines Waldkäfers“, ganz apart im Klang, aber sehr äußerlich alle erdenklichen virtuosen Möglichkeiten des Cellos ausschöpfend, freier und schöner noch einwirkende sich das große Können Bölsche in dem A-moll-Konzert von Hoffmann. Ein vollkommener Spieler

ist auch Edwin Fischer, der Pianist; aber er umgeht schon im Programm, das Bach, Reger und Mozart berührt, das Reindividue. In der Liebe zum Schumann'schen Carnaval begegnet er sich mit einem zweiten Schübler-Schüler, Walter Kaufmann. Mit Kraft packt er die Händel-Variationen von Brahms an, packt mit dem Auspirieren gedanklicher und nur klingender Absätze und feiert die Nützlichkeit seiner Darbietung mit einer groß aufgebauten Frage. Sein einbringliches Spiel wird ohne den übertrieben heftigen Bedalgebrauch noch mehr wirken.

Die Änderung der Schülerbibliotheken. Die von der E. V. D. ernannte Schulkommission der Gemeindevorsteher Groß-Berlins hat in einem Schreiben an das Kultusministerium die Aufmerksamkeit auf die Reformbedürftigkeit der Schülerbibliotheken gelenkt. Sie sind zum großen Teil seit dem 9. November 1918 keiner Revision ihrer Bestände unterzogen worden. Tagaus, tagein werden weiter antiquarische und vom artistischen Unternehmenseit befehle, monarchisch gefärbte Bücher verbleiben. Diese händige Vermischung der Gedanken- und Gesellschaft unserer Jugend muß jede sonst zu leistende aufklärende Arbeit illusorisch machen. Es wird deshalb eine sofort zu erlassende Verfügung befürwortet, durch die die Lehrerbildung verpflichtet werden, in kürzester Zeit darüber zu berichten, welche Bände der Schülerbibliotheken ihres Inhalts wegen ausgemerzt sind. Gleichzeitig sind die Bücherbestände auf die Art der Durchführung dieser Maßregel hin zu überprüfen.

Die Schulkommission schlägt weiter vor, zur endgültigen Regelung aus demokratisch und pädagogisch gesonnenen Pädagogen, Gelehrten und Künstlern einen Ausschuss zu bilden. Dieser müßte im Zusammenhange mit Unterabteilungen in den Provinzen und größeren Städten ausschließlich die Frage der Schüler-, Kinderbibliotheken und der Volksbibliotheken beraten. Er müßte nicht nur berichten, sondern vor allem solche Werke zur Anschaffung empfehlen, die von vornherein den jungen Lesern die Pflicht gegen die Allgemeinheit und das Hochgefühl der Selbstverantwortung in einer freien deutschen Republik zum Bewußtsein bringen. Vertreter der Lehrer und Elternbeiträge wären zur Beratung heranzuziehen.

Die soziale Bewegung im Variete. Auch das Variete erlebt seine soziale Revolution. Die Organisationen der Arbeiter nehmen immer mehr den Charakter von Gewerkschaften an. Seit dem 1. November ist zwischen dem Verband der Internationalen Variete-dirigenten und den Arbeiterverbänden ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Er gelangt sodann im „Organ“ zur Veröffentlichung. Seine Geltung erstreckt sich auf ganz Deutschland und zwar bis zum 31. Dezember 1922. Als Mindestlohn für den Betrag von 800 M. festgesetzt. Außerdem enthält der Vertrag eine große Reihe günstiger Bestimmungen für die Arbeiter. Bemerkenswert ist, daß der sogenannte Anreizvertrag befristet ist.

Am Tom veranstaltet Walter Fischer am Donnerstag, 8. Uhr, ein Orgelkonzert.

Die Sammlungen des Kunstgewerbemuseums müssen vom 4. d. M. ab während der Vorkampfbereitschaft geschlossen werden. Schachspieler „Erinnerungen“. Was Gobi, das Mitglied des Berliner Schachclubs, hat Lebenserinnerungen geschrieben, die unter dem Titel: „Unglück Jahre Kampfnacht“, im Kunstverlag erscheinen werden.

Wieder, daß seitens der Beteiligten Mitglieder der Unabhängigen Partei, seitens der Vertreter der Fünfzweckkommission Ruch, Bredow vom Metallarbeiter-Verband, Joseph vom Gewerkschaftsverband, Einwendungen erhoben und weitergehende Forderungen gestellt worden sind. Inwieweit ist in der Erklärung des Herrn Röllensbühler folgender Satz:

„Auch Ruch war der Meinung, daß nunmehr der Kampf zu beenden sei. Er erklärte nach Kenntnis des Inhalts des Vorschlages, daß er den Kollegen die Annahme des Vorschlages empfehlen werde.“

Wahr ist vielmehr, daß ich auf die Frage des Herrn Wirtschaftsministers Schmidt nach Kenntnisnahme des Inhalts des Vorschlages erklärt habe, ich könne im Augenblick nach einmaligen Vorlesen eine Erklärung überhaupt nicht abgeben. Die Aufforderung, durch Unterschrift den Vorschlag zu akzeptieren, habe ich abgelehnt und trägt der Vorschlag darum nur die Unterschrift des Herrn Reichswirtschaftsministers. Ferner habe ich nur erklärt, ich bin bereit, den Vorschlag der am Sonntag tagenden Generalversammlung der Metallarbeiter vorzulegen.

Herr Röllensbühler sagt in seiner Erklärung weiter, ich habe mit den Herren Unternehmern verhandelt, unter welchen Bedingungen nun die Arbeiter wieder in die Betriebe eingeführt werden sollten. Ich muß dazu erklären, daß das ja der Zweck der nun schon seit 14 Tagen stattfindenden verächtlichen Verhandlungen gewesen ist. Es ist unwahr, daß ich mich mit den Unternehmern geeinigt habe, man die einzelnen Gruppen wieder in Arbeit zu treten lassen. Wahr ist vielmehr, daß eine Einigung darüber nicht stattfinden konnte, weil die Vertreter des Verbandes Metallindustriellen erklärten, erst am Dienstag in einer Sitzung ihrer Betriebsleiter zu diesen Fragen Stellung nehmen zu wollen.

Damit fallen alle weiteren Schlussfolgerungen, die Herr Röllensbühler gezogen hat.

In der Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes am Montag, den 8. November, versuchte Herr Röllensbühler, die oben genannte Erklärung zu rechtfertigen. Der Parteivorsitzende des Herrn Röllensbühler, Kollege Probst, stellte fest, daß ich den Unternehmern gegenüber nicht erklärt habe, die Annahme des Vorschlages empfehlen zu wollen. Gleiche Feststellungen wurden von den Teilnehmern an der genannten Verhandlung, Herrn Abgeordneten Weiß und Herrn Joseph in der Generalversammlung gemacht, ohne daß Herr Röllensbühler diese Darstellungen entkräften konnte.

In derselben Stelle veröffentlichte Sie eine Erklärung des S.P.D.-Funktionäres des Metallarbeiter-Verbandes.

Als Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes teile ich Ihnen mit, daß die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes S.P.D.-Funktionäre unserer Organisation nicht kennt. Die Erklärung selbst stellt einen Vergleich zwischen der Erklärung des Herrn Röllensbühler und meinem Bericht in der Generalversammlung an und kommt zu dem Schluss, ich habe nicht den Mut aufgebracht, der Generalversammlung das zu sagen, was ich am Abend vorher für richtig gehalten habe.

Auch diese Behauptung ist unwahr. Die gesamte Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes muß bestätigen, daß ich persönlich in der Generalversammlung dieselbe Meinung zum Ausdruck gebracht habe, wie ich sie in der am Abend vorher stattgefundenen Konferenz ausgedrückt habe. Keine der Generalversammlung gemachten Ausführungen gaben Veranlassung, in leidenschaftlicher, gründlichster, zwingender Diskussion die wahre Stimmung der streikenden Arbeiter

zu ermitteln, die ihren Ausdruck in der schon der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Entschließung der Generalversammlung fand.

Geselle Röllensbühler erklärt hierzu, daß er von seinen Behauptungen nichts zurückzunehmen habe.

Daß Ruch die Weiterführung des Kampfes oder gar eine Verschärfung desselben für unmöglich hielt, ging übrigens klar und deutlich aus seinen in der Sonnabendabend im Gewerkschaftshaus stattgehabten Konferenzen gemachten Äußerungen hervor.

Streik in den Schuhwarenhäusern.

Von der bittersten Not getrieben sind die Verkäuferinnen der Schuhwarengeschäfte am 8. November in den Streik getreten, nachdem die Herren Chefs jedes Verhandeln über die eingereichten Forderungen abgelehnt hatten. In dieser Branche werden noch Gehälter von 100 Mark und darunter gezahlt und vor wenigen Wochen noch zahlte die Firma M. J. Reustadt, Berlin W., zwei Kassiererinnen 50 Mark monatlich, nicht wöchentlich. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Angestellten sich nicht mehr anders zu helfen wissen, als ihren Ausbeutern in des Wortes wahrster Bedeutung, die Lämme zu zeigen. Durch schändliches Entgegenkommen und alle möglichen Vorpiegelungen suchen die Herren Unternehmer ihr Personal zu zerstückeln und einzeln in die Betriebe zu holen. Trotzen mit fortiger Entlassung und Inanspruchnahme von besonderen Veranlassungen weichen sie ab. Nichts kann jedoch die Angestellten veranlassen, von ihren Forderungen, die durchaus in mäßigen Grenzen gehalten sind, abzugehen. Den Prinzipalen, die sich noch immer als Herren im Hause fühlen und dem Personal gegenüber entsprechend auftreten, wird gezeigt werden, daß die vornehmlichen Zeiten vorüber sind. Im Streik befindet sich das Personal folgender Firmen: J. Perlowitz, R. Dorndorf, M. J. Reustadt, Berlin W., Salamander, Schuhgeschäft m. b. H., Der Schuhhof, Karl Stiller's Schuhwarenhaus. In den Geschäften der Firma G. Leiser Nachf. und Arenstein wird nicht gestreikt, da diese Angestellten seit langer Zeit bedeutend höhere Gehälter beziehen, über Sozialversicherung, unterliegt die Streikenden! Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe VII.

Schiedsgericht im Steinsegergewerbe.

Für das Steinsegergewerbe Groß-Berlin fällt das Gewerbegericht folgenden Schiedsgericht: „Vom 1. November 1919 ab ist ein um 40 Pf. gegen Nachtrag 9 des Tarifvertrags erhöhter Stundenlohn für alle dort genannten Gruppen zu zahlen. Jedoch kann für Arbeitnehmer auf Vorkauf in den Lohnbezirken im Bedarfsfalle durch Beschluß der Subkommission ein geringerer Lohn festgesetzt werden. Die Allordlöhne erhöhen sich entsprechend.“

Die gewerkschaftlichen Angestellten der Groß-Berliner Kriegsvorgangsanstalten waren am Montag, den 8. November, im großen Saal des Gewerkschaftshauses zusammengekommen, um Stellung zu

nehmen zu einem Tarifentwurf, den die Branchenleitung ausgearbeitet hatte. Der Saal war gedrängt voll, auch die Galerien besetzt. Das einleitende Referat hatte Wolter übernommen. Derselbe verwies auf die ungünstigen Arbeitsverhältnisse bei den Kriegsvorgangsanstalten. Tagelöhne von 15 M. für die erwachsenen männlichen, von 9,50 M. für erwachsene weibliche und Bodenlöhne von 20 bis 25 M. für jugendliche Arbeiter, sind keine der Zeitzeit entsprechenden Löhne. Die Wirtschaftsbetriebe, von denen viel Aufhebens gemacht werden, seien ein Tropfen auf heißem Stein. Die jetzt in den Betrieben herrschende Ruhe kommt daher, daß die Gratifikation für Weihnächten in Aussicht steht. Nach Weihnächten dürfte der Groß gegen die schlechte Entlohnung sich allgemein bemerkbar machen. Es sei daher notwendig, einheitlich und geschlossen vorzugehen und den vorgesehnen Stellen einen Tarifvertrag vorzulegen. Ein solcher Vertrag könne aber nur dann weitgehende Verbesserung der Löhne bringen, wenn die Kollegen und Kolleginnen alle organisiert sind. Hier muß unbedingt alles getan werden, um die Kollegen und Kolleginnen in den Verband zu bekommen, damit Branchenleitung und Tarifkommission bei den Verhandlungen den notwendigen Rückhalt haben. Der Redner erläuterte dann die einzelnen Positionen des Tarifentwurfs.

Nach längerer, recht eingehender Aussprache wurde der vorgelegte Tarifentwurf mit einigen kleinen Änderungen fast einstimmig angenommen.

Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: Die gewerkschaftlichen Angestellten sämtlicher Kriegsvorgangsanstalten erklären in ihrer heutigen Versammlung, daß die jetzigen Lohnverhältnisse, wie sie in obigen Beschlüssen sind, zurecht nicht im Einklang mit den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen stehen. Eine unbedingte Verbesserung der Löhne muß spätestens am 1. Januar erfolgen. Die Versammlung beauftragt ihre Interessensvertretung, den Deutschen Transportarbeiterverband sowie die Lohnkommission, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, daß ein gemeinsamer Tarif für die angeführten Kategorien spätestens bis 1. Januar 1920 zum Abschluß gelangt. Die Versammlung erklärt einstimmig, daß der in Vorschlag gebrachte Tarifentwurf von der Branchenleitung als genügend zu bezeichnen ist und erwarten von den zuständigen Stellen unbedingtes Verständnis für ihre gerechten Forderungen.

Teilnehmer. Mittwoch bei Drumm Dultsaal unterzeichnen. Nr. 1-400 von 12-1 Uhr, Nr. 401-800 von 1-2 Uhr, über 800 von 2-3 Uhr.

Trägerlageregemeinschaft Tempelhof. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Betriebsversammlung im Streiklokal, Streikstraßen mitbringen!

Aus aller Welt.

Geerestab als Brillefabrik. Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ vom 28. Oktober veröffentlicht eine Zuschrift der Hamburger Tabakfabrik Lindemann u. Co., worin bedeutende Bestände von Geerestab (Wundenlaub) als Brillefabrik empfohlen werden. Die Wirtschaftsgemeinschaft, welche die Geerestabbestände erworben hat, hat den Zentner zu 8 M. an die Fabriken abgegeben. Es wird bemerkt, daß diese festgesetzten Tabakpreise sich sowohl ihrer Form als auch ihres Inhalts nach gang vorzüglich als Ersatz für Zigaretten erweisen können.

Bericht für den reaktionären Teil: Alfred Scholz, Reutbahn; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin; Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin; Verlagsanstalt: Paul Sauer u. Co. in Berlin; Verleger: I.

Achtung, Bauarbeiter!

Da infolge des großen Andranges die Arbeitsvermittlung im Zimmer 58 nicht mehr ausreicht zu erhalten ist, findet dieselbe vom nachmittags von 5-8 und Sonnabend ab nachmittags von 10-1 Uhr im Saal 9 des Gewerkschaftshauses statt. Es werden vermittelt: Maurer von 3-4 Uhr Gips- u. Zementbranche 4-5 „ Hilfsarbeiter von 5-6 „ Wie suchen somit unsere Kollegen, dieses beachten zu wollen. 143-9 Der Vorstand.

Kuhla-Pianos

Verkauft im Fabrikmagazin N 31, Watzstr. 17/18.

Kabarett-Piano, Arbeitswage, ausbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Mühlstr. 10/11. 712-9

Die Gefühlskälte der Frauen

Verzögerte Reifejahre und Beobachtungen aus dem Leben von Frau Dr. med. C. v. R. in der „Kaiserlichen Zeitung“ u. a. mit folgt dem Inhalt: „Nirgends verhalten sich die Frauen enger als in der heutigen Ehe. Auf der einen Seite ungenügende Größelieblichkeit und Selbstschuldhaftigkeit bis zur Hysterie, auf der anderen Mangel an Empfindungsstärke bis zum Ekel und zur Verachtung. Dieses Kapitel ist das äußerste rezidivierende auch gewöhnlich, ein aus dem praktischen Leben herausgewachsenes Dokument menschlichen Leidens, geschrieben mit dem Bewußtsein der humanen Kräfte. Mit erschütternden Beispielen aus d. Praxis belegt Verf. seine Ausführungen u. w. Bezug gegen Einfindung von M. 2. - oder Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schmeißer, Mühlstr. 30/31, Berlin NW 67.“

Stoffe

Herren-Anzüge, Damen-Kostüme. Meter 30, 40, 60, 80, 100. Tuch-Cover Koch & Seeland G. m. B. Straßburgerstr. 30-31. 143-9

Ein Freudentag ist Washtag

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebigs Dampf-Wasch-Automaten, 6 Jahre an Arbeitzeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe: Näh. d. Preisl. V. m. Arndt, grüner Zinkwaschbottich zu Fabrikpreisen. „Liebigs“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstr. 27a.

Verkäufe

Verkauf von Eisenwaren, Werkzeugen, Maschinen, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9

Rechtsanwälte

Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, etc. 143-9